

- **Selbsthilfe und Förderung von Beratungsstrukturen:** Sind Sie für eine langfristige Absicherung von LSBTIQ*-Selbsthilfe-Einrichtungen, und was will Ihre Partei tun, um Beratungsstrukturen (sowie professionell institutionalisiert als auch ehrenamtlich) zu unterstützen und ggf. auszubauen?

Wir befürworten den Ausbau von Beratungsstrukturen für LSBTTIQ, verstehen ihn aber vor allem als Aufgabe, die bedarfsgerecht, regional und stark in Kooperation mit bestehenden Trägern und der Community erfolgen soll.

- **Aktionsplan "Für Akzeptanz und gleiche Rechte":** Werden Sie in diesem Sinne den 2025 neu aufgelegten Aktionsplan weiterführen und weiterfinanzieren?

Der Aktionsplan 'Für Akzeptanz & gleiche Rechte Baden-Württemberg' ist ein wichtiges Instrument. Darüber hinaus setzen wir auf die bessere Integration bestehender Schulungsinhalte in der Fort- und Weiterbildung, die ohnehin schon im Bildungs- und Gesundheitssektor vorhanden sind. Nur durch wirkungsvolle Maßnahmen können wir eine Gesellschaft schaffen, in der alle Menschen unabhängig von ihrer Identität respektiert und geschützt werden.

- **Gewaltprävention:** Queerfeindliche Hasskriminalität und Gewalt sind in den vergangenen Jahren in BW extrem angestiegen. Gleichzeitig sind das Landesantidiskriminierungsgesetz und andere Vorhaben zur Gewaltprävention der Landesregierung gescheitert. Sind Sie der Meinung, die vom Land und durch die Innenministerkonferenz angestoßenen (Präventions-)Maßnahmen sind ausreichend? Werden Sie diese Maßnahmen ggf. implementieren? Was tut Ihre Partei zur weiteren konsequenten Bekämpfung queerfeindlicher Gewalt?

Wir lehnen jede Form von Diskriminierung entschieden ab. In unserem Verständnis einer freien und offenen Gesellschaft dürfen Herkunft, Geschlecht, sexuelle Identität, Religion, Behinderung oder Weltanschauung niemals Anlass für Benachteiligung oder Ausgrenzung sein. Der Schutz der Menschenwürde und die Gleichberechtigung aller sind unverrückbare Grundpfeiler unseres politischen Handelns.

Das sog. Gleichbehandlungsgesetz sollte die Verwaltung jedoch unter einen Generalverdacht stellen, den sie nicht verdient hat. Insbesondere die darin vorgesehene Beweislastumkehr zu Lasten der öffentlichen Stellen halten wir für überaus problematisch. Wir begrüßen daher, dass dieser Entwurf nicht mehr realisiert werden soll.

Wir haben Vertrauen in das grundsätzlich rechtskonforme Vorgehen öffentlicher Stellen. Es gibt bereits jetzt Möglichkeiten, in Einzelfällen fehlerhaftes Verhalten einer rechtlichen Überprüfung zu unterziehen. Einige der Maßnahmen, die der Arbeitskreis der Innenministerkonferenz in seinem Abschlussbericht vorgelegt hat, halten wir für richtig und würden uns

mit diesen beispielsweise im Rahmen von Koalitionsverhandlungen und einer Regierungsbeteiligung konstruktiv auseinandersetzen.

- **Geflüchtete:** Schutz und inklusive Integration von queeren Geflüchteten sind wichtiger denn je - stimmen Sie zu, dass die Maßnahmen hier nicht ausreichend sind bis jetzt? Wie will sich Ihre Partei hier einsetzen?

Die Unterstützung für Geflüchtete ist beispielsweise im Hinblick auf psychosoziale Angebote stark lückenhaft und müsste nachgebessert werden. Tragfähigen Konzepten zum besseren Schutz und zur besseren Integration - auch queerer - Geflüchteter stehen wir offen gegenüber.

- **Regenbogenfamilien:** Es gibt immer noch keine Reform des Abstammungsgesetzes, es gibt keine juristischen Regelungen für die Absicherung vielfältiger queerer Familienformen, etwa Mehrelternschaft oder für Familien mit TIN*-Familienteil(en). Werden Sie sich (weiterhin) für eine Reform des Abstammungsrechts einsetzen? Werden Sie sich für die rechtliche Absicherung anderer vielfältiger Familienkonstellationen einsetzen? Wird Ihre Partei auch auf Landesebene Beratungsstrukturen für Regenbogenfamilien und alle, die es werden wollen, ausbauen und/oder fördern?

Wir verstehen Familie als verantwortliche Gemeinschaft, nicht nur in der klassischen Konstellation von Vater, Mutter und Kind. Unterschiedliche Lebens- und Familienmodelle sollen ohne staatliche Bevormundung leben können, solange sie auf Verantwortung, Einvernehmlichkeit und dem Kindeswohl beruhen. Auf Bundesebene haben wir seit Jahren eine Modernisierung des Abstammungsrecht gefordert, damit rechtliche Elternschaft realen sozialen Elternrollen zeitgemäß entspricht. Wir wollen dabei queere Elternkonstellationen besser absichern, etwa durch erleichterte Anerkennung sozialer Elternschaft und schnellere, unbürokratische Verfahren. Zudem sind wir bereit, rechtliche Modelle zu prüfen, die Mehrelternkonstellationen rechtsicher regeln. Auf Landesebene werden wir uns im Bundesrat und in der politischen Debatte für eine Modernisierung des Familien- und Abstammungsrechts einsetzen, die Vielfalt anerkennt und Rechtssicherheit schafft.

Wir wollen auf Landesebene Beratungsstrukturen für Regenbogenfamilien und alle, die es werden sollen, bedarfsgerecht ausbauen und fördern – vorzugsweise durch die Unterstützung freier Träger, die nahe an den Betroffenen arbeiten.

- **queerer Schutz in die Landesverfassung:** Sollte die Landesverfassung Ihrer Meinung nach entsprechend ergänzt werden? **queerer Schutz im Grundgesetz:** Unterstützt Ihre Partei die Ergänzung von Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes um das Merkmal der sexuellen bzw. geschlechtlichen Identität?

Mögliche Diskriminierungen werden bereits jetzt vom Gleichheitsgrundsatz und von durch die Rechtsprechung aufgestellten Prinzipien abgedeckt. Eine Aufnahme des Merkmals der „sexuellen Identität“ in die Verfassung wäre daher symbolischer Natur. Wir würden uns dieser Änderung aber nicht verschließen.

- **Sichtbarkeit und Bildung:** Stimmen Sie mit uns überein, dass es eine Förderung lesbischer Sichtbarkeit braucht, die weitere Stärkung von Aktivist:innen und weiterhin mehr Förderung von Vielfalt in Schulen und anderen Bildungsbereichen? Und wenn ja, was tut Ihre Partei in diesen Bereichen in der kommenden Legislaturperiode?

Wir Freie Demokraten stehen für eine offene Gesellschaft, in der jeder Mensch selbstbestimmt leben kann und in der Vielfalt als Realität anerkannt wird. Bildung soll Persönlichkeitsentwicklung ermöglichen, Respekt fördern und jungen Menschen Orientierung geben, ohne sie zu bevormunden. In diesem Sinne unterstützen wir grundsätzlich Maßnahmen, die dazu beitragen, dass unterschiedliche Lebensentwürfe sichtbar werden und Diskriminierung entgegengewirkt wird. Zugleich setzen wir in Baden-Württemberg bewusst auf Freiheit, Eigenverantwortung und pädagogische Autonomie der Schulen statt auf detaillierte landesweite Vorgaben. Eine ausdrücklich formulierte Förderung lesbischer Sichtbarkeit oder spezifischer Programme sehen wir daher nicht vor.

- Stimmen Sie ferner zu, dass Lebensrealitäten queerer Menschen in Bildungsplänen verankert, Bildungsarbeit mit Jugendlichen gefördert und Lehrkräfte im respektvollen Umgang mit Diversität (weiterhin) sensibilisiert werden müssen?

Wir als FDP verstehen Schule als Ort der Selbstbestimmung, der Demokratiebildung und des respektvollen Miteinanders. Lehrkräfte sollen Kinder und Jugendliche begleiten und stärken, nicht erziehen im Sinne politischer Vorgaben. Eine explizite Verankerung queerer Lebensrealitäten in Bildungsplänen oder spezielle landesweite Programme zur queeren Bildungsarbeit sehen wir daher nicht vor. Gleichwohl ist es für uns selbstverständlich, dass Schule ein diskriminierungsfreier Raum sein muss und junge Menschen in ihrer individuellen Entwicklung ernst genommen werden.

- **Gesundheit und Gesundheitsmanagement:** Stimmen Sie zu, dass es in BW eine bessere geschlechtergerechte und trans*-inklusive Gesundheitsversorgung braucht? Wenn ja, wie will Ihre Partei dies sicherstellen?

Wir sind offen für die Weiterentwicklung von Angeboten der Gesundheitsversorgung. Wir setzen hierbei auf die verantwortlichen Akteure der Selbstverwaltung.

- **Alter und Pflege:** Hält Ihre Partei es für wichtig, die teils besonderen Bedürfnisse älterer queerer Menschen zu berücksichtigen, etwa in der Pflege

von Menschen mit HIV und bei der Ausbildung und Sensibilisierung von Pflegepersonal?

Wir wollen die Pflege von Bürokratien und starren Modellen entlasten. Pflege muss nah am Menschen geschehen, unabhängig von Geschlecht, sexueller Orientierung oder Glauben. Wir stehen für eine Vertrauenskultur. Wir vertrauen darauf, dass die Fachleute in der Lage sind, Verantwortung zu übernehmen und die für den Menschen passende Pflege zu leisten. Gendersensible Pflege sollte auch im Ausbildungscurriculum einen entsprechenden Platz haben.

- **Arbeitswelt und Diversity Management:** Unternehmen fahren ihr Engagement zurück, vielerorts gelten Gender-Verbote. Sind Sie der Meinung, es brauche mehr Unterstützung für die Akzeptanz queerer Menschen in der Arbeitswelt? Und was wollen Sie tun, um das Diversity Management wieder zu verbessern, vielleicht auch innerhalb der Landesverwaltung? Stimmen Sie ferner zu, dass die gesellschaftliche Diversität bei der Besetzung von Gremien beachtet werden sollte?

Unterschiedliche Qualifikationen, verschiedene Charaktere und Typen sowie gemischte Begabungen sind eine Stärke für die Wirtschaft. Daher haben Unternehmen in aller Regel ein Interesse an diversen Mitarbeiterschaften und unterschiedlichen Menschen, Qualifikationen, Begabungen und Neigungen. Der Staat kann dies begleiten und unterstützen. Seine Rolle besteht insbesondere in Chancengleichheit, der Möglichkeit des Aufstiegs durch Bildung und gezielten Förderungen, bspw. durch Bafög oder Meisterprämie, durch Kinderbetreuungsplätze oder Qualifizierungsangebote. Gegen Diskriminierung jeder Form hat er vorzugehen. Als Ergebnis ergeben sich diverse und bunt gemischte Teams, in denen Menschen jeglicher Art ihren Platz finden können.

Die Stärke von diversen Teams spiegelt sich selbstverständlich auch in Gremien wider. Starke Unternehmen oder Organisationen haben daher oft aus eigenem Antrieb diverse Gremien.

- **inklusive Sprache:** Stimmen Sie zu, dass die Sichtbarkeit und Gleichbehandlung queerer Menschen durch inklusive Sprache unterstützt werden muss?

Wir Freie Demokraten sind überzeugt, dass Diversität ein inhaltliches Thema ist, kein sprachformales. Jeder Mensch kann reden wie er will, auch in Gendersprache. Allerdings gibt es Lebensbereiche, für die verbindliche Konventionen notwendig seien. Diese sollten sich dann an den Empfehlungen des Rats für deutsche Rechtschreibung orientieren. Gleichberechtigung und Gendersensibilität sind keine Frage von Gendersternchen, sondern eine Frage der Haltung.

- **Sport:** Ein nicht unerheblicher Teil der Sportförderung erfolgt über die Landesebene, auch werden hier Strukturen (aus)gebildet. Stimmen Sie zu, dass queere Menschen und ihre Belange im Sport stärker berücksichtigt werden müssen? Wenn ja, wie will Ihre Partei das umsetzen?

Wir Freie Demokraten sehen Sport als verbindendes Element der Gesellschaft, das Gemeinschaft, Fairness und Teilhabe fördert. Sportvereine sind Orte, an denen Menschen unabhängig von Herkunft oder persönlicher Lebensweise zusammenkommen und leisten damit einen wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt. Unsere Sportpolitik zielt darauf ab, Vereine und Ehrenamt zu stärken, Bürokratie abzubauen und sichere Strukturen zu gewährleisten. Eine gesonderte Berücksichtigung queerer Belange im Rahmen spezifischer Förderprogramme sehen wir hingegen nicht vor.